RW-01-191 Religions- und Weltanschauungsfreiheit in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 21.10.2016

Änderungsantrag zu RW-01

Von Zeile 191 bis 194:

- Wir begrüßen das soziale Engagement von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Grundsätzlich sehen wir Wohlfahrtspflege und Daseinsvorsorge als staatliche Aufgaben. Deshalb soll der Staat Grundversorgung an sozialen, medizinischen, bildungs- und Beratungs- und Versorgunsangeboten sicherstellen. Diese Grundversorgung kann durch Angebote von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ergänzt werden. Wir begrüßen und unterstützen Konzepte zur kultursensiblen und pluralistischen Fortentwicklung der Wohlfahrtspflege und treten dafür ein, dass den Menschen möglichst eine Vielfalt an Angeboten zur Verfügung steht~~, auch in Gebieten, wo die großen christlichen Wohlfahrtsverbände heute noch Monopolcharakter haben~~.